



**Thomas Röwekamp**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Thomas Röwekamp MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Bundestagsbüro:**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: (030) 22 77 56 30  
Fax: (030) 22 72 37 56 30  
E-Mail: thomas.roewekamp@bundestag.de

Landesfrauenrat Bremen  
Bremer Frauenausschuss e.V.

Wilhelm-Kaisen-Brücke 4  
28199 Bremen

Berlin, den 22.06.2022

**Stellungnahme zu den Anträgen der Delegiertenversammlung vom 23.04.2022 des Landesfrauenrat Bremen – Bremer Frauenausschuss e.V.**

Sehr geehrte Frau Buchelt,  
sehr geehrte Frau Janssen,

vielen Dank für die Übersendung der Anträge, die während der diesjährigen Delegiertenversammlung des Landesfrauenrat Bremen – Bremer Frauenausschuss e.V. beschlossen wurden. Die Themenbreite der Anträge begrüße ich sehr und möchte dazu wie folgt Stellung nehmen:

Die Inhalte der Anträge Nr. 2 und Nr. 8 unterstütze ich und werde mich in meiner Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter für diese Anliegen einsetzen. So hat die Unionsfraktion beispielsweise im Juni 2022 eine weitere Aufstockung der Mittel für den Bevölkerungsschutz gefordert. Ich werde mich für eine weitere Verstärkung des Bevölkerungsschutzes und eine enge Vernetzung in diesem Bereich stark machen, wie etwa durch die Etablierung einer gemeinsamen Plattform für diverse Akteure (Bund, Länder, Kommunen sowie Hilfsorganisationen) im Bevölkerungsschutz sowie den Ausbau des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

Im Antrag Nr. 9 fordern Sie eine Überarbeitung des § 13 AGG dahingehend, dass Qualitätsstandards der Umsetzung und Sanktionsmöglichkeiten festgelegt werden. Eine externe Prüfinstanz auf übergeordneter Ebene ist derzeit gesetzlich nicht vorgesehen und wird von uns nicht unterstützt, weil sie aus unserer Sicht einen unzulässigen Eingriff in die Rechte von Arbeitnehmerinnen und -nehmern sowie Arbeitgeberinnen und -gebern darstellen würde. Außerdem haben die Arbeitnehmervertretungen, wie etwa der Personal- und Betriebsrat, die Frauenbeauftragten sowie die Schwerbehindertenvertretung umfassende Rechte, um die Interessen der Beschäftigten zu vertreten und sich dafür einzusetzen.

Im Antrag Nr. 15 fordern Sie, die Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze zu stoppen und ihre Dynamisierung bei geringfügig entlohnter Beschäftigung in Kopplung an den gesetzlichen Mindestlohn nicht vorzunehmen. Aus Sicht der Unionsfraktion und aus meiner Sicht sind die Anhebung der Minijobgrenze auf 520 Euro sowie ihre dynamische Ausstattung angesichts massiv gestiegener Inflationsraten (7,9 % im Mai 2022) geboten und zu begrüßen, sodass ich Ihre Forderung ablehne. Attraktivere Regelungen im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen sind auch aus meiner Sicht notwendig, um eine bessere

Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erreichen. Dafür strebt die Unionsfraktion an, die Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen zu verbessern.

Im Antrag Nr. 17 fordern Sie die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten familienfreundlicherer Besteuerungsmodelle. Diese Forderung lehne ich ab. Gerade mit dem Ehegattensplitting ist bereits ein familienfreundliches Besteuerungsmodell etabliert, das meistens einen erheblichen Steuervorteil für die breite Mittelschicht sicherstellt. Außerdem fordert das Bundesverfassungsgericht aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes eine solche Regelung, sodass diese aus rechtlicher Perspektive nicht so leicht abzuschaffen wäre. Gleichzeitig wollen wir das System weiterentwickeln und ein Kindersplitting einführen, um Familien mit Kindern zusätzlich zu entlasten.

Gerne stehe ich Ihnen bei Bedarf und Fragen für den weiteren Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Thomas Röwekamp'.

Thomas Röwekamp MdB